

Rede zum CDU/FDP-Antrag "Die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft für Niedersachsen nutzen" am 16. November 2007 im Landtagsplenum

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir beraten in dieser Plenarwoche nur wenige Anträge von CDU und FDP. Wer aber meint, dass diese wenigen Anträge wenigstens inhaltlich ausgereift sind, der hat sich getäuscht. Der Antrag „Die Erfolge der deutschen Ratspräsidentschaft für Niedersachsen nutzen“ ist vor allem eine Ansammlung von Allgemeinplätzen, Selbstverständlichkeiten, unangebrachter Lobhudelei. CDU und FDP schmücken sich zudem mit fremden Federn. Wir haben das bereits in der ersten Beratung dieses Antrags kritisiert. Die Beratung im Ausschuss hat uns von dieser Meinung nicht abbringen können.

Wenn man schon in diesem hohen Hause über EU-Politik miteinander diskutiert bzw. einen Antrag stellt, dann sollte man doch die wichtigen aktuellen Fragen in Europa diskutieren, die wir in Niedersachsen mitbewegen können. Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger Europa wahr? Wie entwickeln wir ein soziales Europa? Dazu findet man in dem CDU/FDP-Antrag aber nichts. Und das ist mehr als ärgerlich.

Meine Damen und Herren,

Europa darf nicht nur als großer gemeinsamer Wirtschaftsraum betrachtet werden. Denn Europa wird nur als soziales Europa gelingen. Die EU braucht deshalb glaubwürdige Antworten vor allem für die Menschen, die sich von Jobverlust und sozialem Abstieg bedroht sehen. Auch in Niedersachsen finden sich gerade bei Arbeitern und Angestellten große Ängste vor dem Binnenmarkt und der Globalisierung. Ein soziales Europa braucht einheitliche Sozialstandards, die vor Ungerechtigkeiten schützen. Die Landesregierung befasst sich aber nicht mit der sozialen Dimension Europas. Die Diskussion zum Beispiel um den Mindestlohn zeigt, dass die Landesregierung den Gestaltungsauftrag für ein soziales Europa nicht annimmt. Und auch in diesem Antrag ist dazu Fehlanzeige.

Ein großes Problem ist die zunehmende Distanz von Europa und den Bürgerinnen und Bürgern. Ich befürchte, dass wenn man in Deutschland über den EU-Verfassungsvertrag abstimmen lassen würde, dann würde es ein böses Erwachen geben. Für die Menschen ist Europa meist zu fern oder wird als bürokratisches Ungetüm wahrgenommen. Hier müssen wir als Politik uns stärker engagieren, um diese Distanz zu überwinden, denn die Vision der Vereinigten Staaten von Europa kann nur mit allen Bürgerinnen und Bürgern realisiert werden. Aber auch zu diesem wichtigen Thema der Weiterentwicklung der Kommunikation gibt es im Antrag von CDU und FDP keine wegweisenden, neuen Vorschläge. Man ruht sich auf den Strukturen aus, die die Vorgängerregierung unter SPD-Führung geschaffen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die deutsche Ratspräsidentschaft – der Ursprung dieses CDU/FDP-Antrages – bekam überall Lob und Anerkennung und das mit Recht. Die Verhandlungsführung der Bundeskanzlerin war auch deshalb so erfolgreich, weil in erster Linie sozialdemokratische Minister – vor allem Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und Franz Müntefering – in ihren Politikfeldern ausgezeichnete Arbeit geleistet haben. Wir Sozialdemokraten stehen zur EU: Einem Staatenverbund, der sicheren Frieden und eine starke Wirtschaft in Europa hervorgebracht hat.

Die SPD-Fraktion steht zur Europäischen Union und weiß um die Vorteile, die die EU für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet. Wozu wir nicht stehen können, ist zu diesem inhaltsleeren Antrag. Daher werden wir ihn ablehnen.

Vielen Dank!